



Beatrix Zurek
Gesundheitsreferentin

An die Geschäftsstelle der
Stadtratsfraktion CSU mit FREIE WÄHLER

Rathaus

Kinder/ Jugendpsychosomatik in München stärken

Antrag Nr. 20-26 / A 05879 von Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Rudolf Schabl, Frau StRin Alexandra Gaßmann, Frau StRin Sabine Bär, Frau StRin Ulrike Grimm vom 03.09.2025, eingegangen am 03.09.2025

Sehr geehrter Herr Stadtrat Pretzl,
sehr geehrter Herr Stadtrat Schabl,
sehr geehrte Frau Stadträtin Gaßmann,
sehr geehrte Frau Stadträtin Bär,
sehr geehrte Frau Stadträtin Grimm,

Ihrem Antrag liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München (LHM) regt einen Runden Tisch mit allen Krankenhäusern und Arztpraxen auf dem Gebiet der LHM an, die sich auf Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Kinder- und Jugendpsychosomatik spezialisiert haben. Der Runde Tisch soll klären, wie mit der ansteigenden Anzahl von psychisch belasteten Heranwachsenden umgegangen werden soll, wie gegebenenfalls die Anzahl der Behandlungsplätze erhöht werden kann, wie aufwand- und personalsparende Verfahren wie telemedizinische Therapieformen und Videotherapien ausgeweitet werden können und wie eine bessere Vernetzung untereinander erreicht werden kann.“

Ihr Einverständnis vorausgesetzt erlaube ich mir, Ihren Antrag vom 03.09.2025 als Brief zu Beantworten und teile Ihnen unter Einbezug der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* (s. Stellungnahme im Anhang) und der Gleichstellungsstelle für Frauen Folgendes mit:

Der Antrag bezieht sich auf eine ansteigende Anzahl psychisch belasteter Heranwachsender im stationären Behandlungskontext, aufgrund derer die Anzahl der Behandlungsplätze gemäß Ihrem Antrag erhöht werden sollte.

Die stationären Behandlungszahlen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie einschließlich Kinder- und Jugendpsychosomatik sind jedoch sowohl bundesweit als auch in den Kliniken der LHM bereits seit einiger Zeit rückläufig. Ein Anstieg konnte zuletzt 2017 beobachtet werden, als jährlich 1.661 Fälle behandelt wurden. Bereits vor der Corona-Pandemie sank dieser Wert 2018 auf 1.432 Fälle und blieb seitdem auf etwa gleichem Niveau stabil. Die jüngsten Zahlen beziehen sich auf 2023 und liegen bei 1.470 Fällen. Bundesweit sanken die Behandlungsfälle in der Altersgruppe der 10- bis 20-Jährigen von 122.211 Fällen im Jahr 2018 auf 112.613 Fälle im Jahr 2023. Auch sind die Behandlungsfälle nicht nur absolut rückläufig, sondern ebenfalls bezogen auf die Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppen, d. h. pro 100.000 Einwohner*innen.

Zwar hat die psychische Belastung insbesondere Jugendlicher im Zuge der Corona-Pandemie zugenommen (vgl. Antrag Nr. 20-26 / A 05880 „Psychische Belastung bei Jugendlichen in München“, Gesundheitsbericht „Psychische Gesundheit von Münchner Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie“, 2024, muenchen.de/gesundheitsberichte). Eine zunehmende psychische Belastung, welche vermehrt zu einer stationären Behandlung führt, ist jedoch nicht ersichtlich. Gleichzeitig wurden zuletzt zwischen 2023 und 2025 insgesamt 16 zusätzliche Planbetten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie einschließlich Kinder- und Jugendpsychosomatik der LHM geschaffen, die vorhandenen Ressourcen also bereits vergrößert. Ebenso werden telemedizinische Therapieformen seit der Corona-Pandemie vermehrt eingesetzt.

Zudem sind die Einflussmöglichkeiten der LHM auf die Weiterentwicklung und Anpassung von gesundheitlichen Versorgungsangeboten aufgrund der Komplexität des deutschen Gesundheitssystems und der gesetzlich festgelegten Aufträge an die Kommune begrenzt. Die Einschränkung des Handlungsrahmens ergibt sich vor allem aus dem dualen Krankenversicherungssystem, dem Selbstverwaltungsprinzip - die Gesetzgebung erfolgt durch den Staat, die Organisation und Versorgung übernehmen die unterschiedlichen Akteur*innen des versorgenden Systems selbst - und dem föderalen System, in dem Zuständigkeiten und Aufgaben auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene verteilt sind.

Ein regelmäßiger Austausch zwischen den in München für die kinder- und jugendpsychiatrische und die kinder- und jugendpsychosomatische Versorgung zuständigen Kliniken und Einrichtungen findet statt. Feste Austauschformate mit Beteiligung und Moderation des Gesundheitsreferats (GSR) sind mit der so genannten Klinik-Austauschrunde und dem Arbeitskreis Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen des Gesundheitsbeirates bereits etabliert. In diesen interdisziplinären Netzwerken der verschiedenen Akteur*innen im Gesundheitswesen werden die Entwicklungen bezüglich des Vorkommens von psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen sowie die damit verbundenen Bedarfe diskutiert, mit dem Ziel ihnen bestmöglich zu begegnen.

Die Gleichstellungsstelle für Frauen hält die in den Ausführungen genannten bestehenden interdisziplinären Netzwerke wie beispielsweise den Arbeitskreis Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen des Gesundheitsbeirates, dem Arbeitsausschuss kommunale Kinder- und Jugendhilfeplanung sowie die Klinik-Austauschrunde für den besten Rahmen, um die spezifischen Problemlagen und Bedarfe von Mädchen, Jungen und tin Jugendlichen mit psychischen Belastungen mit den jeweiligen Expert*innen zu besprechen. Darüber hinaus sollten die spezifischen Bedarfe von marginalisierten und vulnerablen Gruppen von Jugendlichen mit psychischen Belastungen ggf. im Austausch mit den jeweiligen Gremien und Arbeitskreisen diskutiert werden - wie beispielsweise der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen, dem Runden Tisch LGBTIQ*, dem Facharbeitskreis Frauen des Behindertenbeirats, das Fachforum Münchner Mädchenarbeit, das Netzwerk Jungenarbeit, der Runde Tisch tin Kinder und Jugendlichen, das Netzwerk FGM/C u.a. Darüber hinaus unterstützt die Gleichstellungsstelle für Frauen die Ausführungen in der Stellungnahme der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ*.

Im gegebenen Handlungsrahmen kann durch die Einrichtung eines zusätzlichen Runden Tisches keine weitere Verbesserung der Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen erzielt werden.

Zusammenfassend kann das GSR vor diesem Hintergrund den Einsatz des Oberbürgermeisters für die Einrichtung eines zusätzlichen Runden Tisches nicht befürworten.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Beatrix Zurek
berufsmäßige Stadträtin